



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Beantwortung der Interpellation [2013/107](#) von Christoph Buser, FDP-Fraktion: Warum finanziert der Bund keine 25 Prozent der Berufsbildung im Kanton Baselland?**

Datum: 20. August 2013

Nummer: 2013-107

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2013/107

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

betreffend Beantwortung der Interpellation [2013/107](#) von Christoph Buser, FDP-Fraktion:
Warum finanziert der Bund keine 25 Prozent der Berufsbildung im Kanton Baselland?

vom 20. August 2013

1. Wortlaut der Interpellation

„Gemäss der [Antwort](#) des Regierungsrats auf die Interpellation [2012/131](#) hat unser Kanton von den Gesamtausgaben für die Berufsbildung immer mehr als 83 Prozent getragen. Seit dem Jahr 2012 operiert der Bund aber eigentlich mit einem neuen Finanzierungsmodell, bei dem bis zu 25 Prozent des Gesamtbudgets der Kantone für die Berufsbildung vom Bund getragen werden sollen. Das ist einerseits ein starkes Signal zu Gunsten der Berufsbildung bzw. auch ein Signal an die Kantone, mehr für die Berufsbildung zu tun. Andererseits entlastet der Bund aber vor allem auch die Kantone.

Im Baselbiet scheint dies noch nicht angekommen zu sein. Nach wie vor trägt der Bund lediglich 17 Prozent der Gesamtausgaben anstelle der eigentlich möglichen 25 Prozent. Der Regierungsrat sagt in der erwähnten Interpellationsantwort selbst, dass der Kanton noch weit davon entfernt ist, die 25 Prozent der in Aussicht gestellten Bundesbeiträge zu erhalten.

Der Kanton Baselland trägt damit ohne Grund einen grösseren Anteil an den Gesamtausgaben für die Berufsbildung, als die Verbund-Finanzierung von Bund und Kantonen eigentlich vorsehen. Auf diese Weise verunmöglicht der Kanton damit auch, dass das Ziel des Bundes, die Berufsbildung weiter zu forcieren, erreicht wird.

Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen zu diesem Thema zu beantworten:

- Was sind die Gründe dafür, dass der Kanton Baselland die vom Bund in Aussicht gestellten 25 Prozent der Beiträge an die Berufsbildung nicht erreicht?
- Ist der Regierungsrat nicht der Meinung, dass dem Anliegen des Bundes, die Berufsbildung mit zusätzlichen Bundesbeiträgen zu stärken, Rechnung getragen werden muss?
- Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um den Bundesanteil zu erreichen und ab wann wird dieses Ziel erreicht?
- Ist von Seiten Kanton sichergestellt, dass die zusätzlichen Bundesmittel auch tatsächlich der Berufsbildung zu Gute kommen?“

2. Beantwortung der Fragen

1. Frage

Was sind die Gründe dafür, dass der Kanton Baselland die vom Bund in Aussicht gestellten 25 Prozent der Beiträge an die Berufsbildung nicht erreicht?

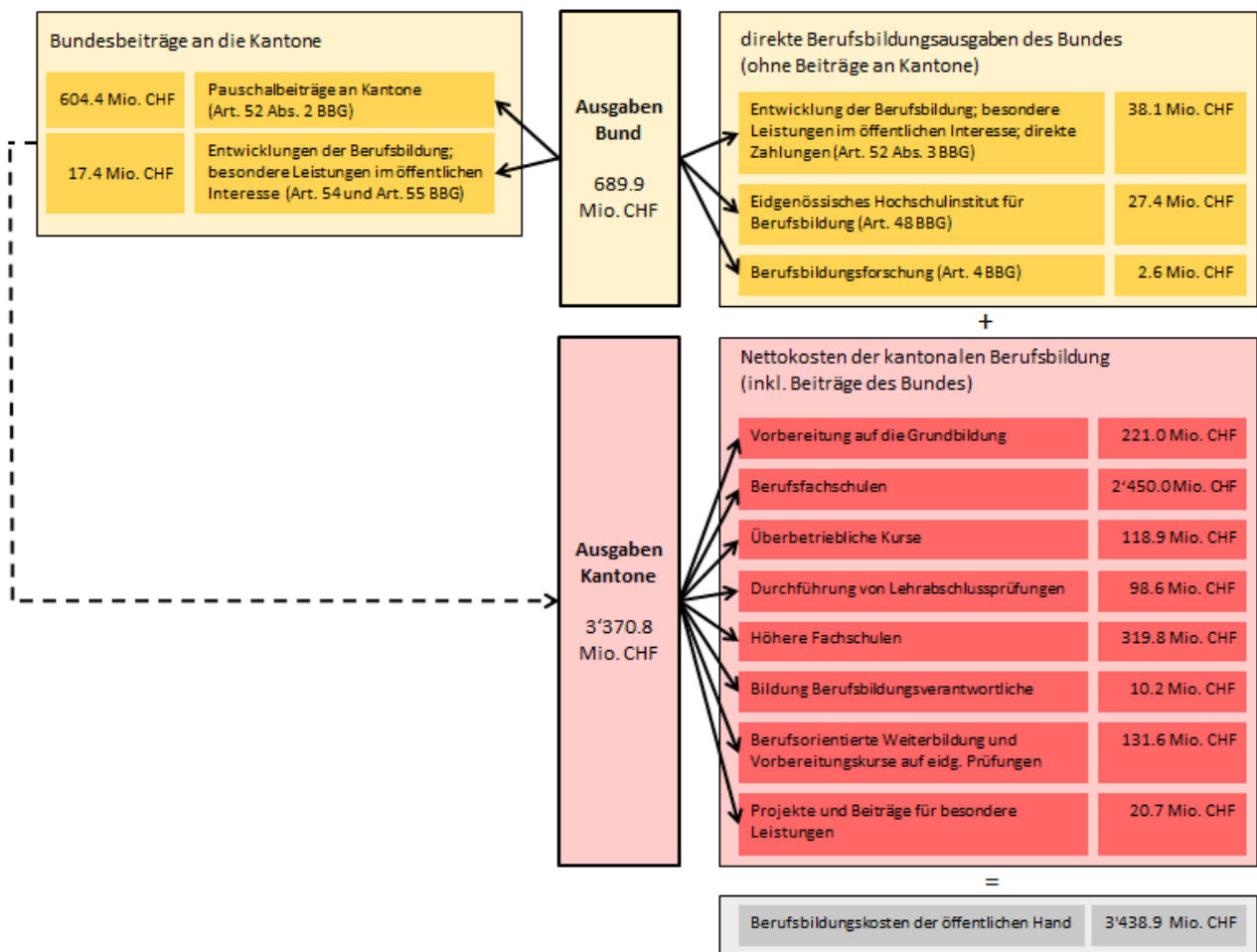
Antwort des Regierungsrates:

Die Beantwortung der Fragen berücksichtigt die Tatsache, dass in den Erwägungen des Fragestellers von der unzutreffenden Annahme ausgegangen wird, der Bund hätte beabsichtigt, sich zu 25% an den Berufsbildungskosten der Kantone zu beteiligen. Richtig ist, dass der Bundesanteil bei 25% aller durch die öffentliche Hand getragenen Berufsbildungskosten liegen soll, eingeschlossen die Projektbeiträge nach Artikel 54 und Beiträge an besondere Leistungen im öffentlichen Interesse nach Artikel 55 des Berufsbildungsgesetzes (BBG), die Kosten des Staatssekretariats für Bildung und Innovation (SBFI) und des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB). Konsequenterweise kann nicht begründet werden, der Kanton Basel-Landschaft würde sein Anspruchspotenzial beim Ausschöpfen der verfügbaren Bundesmittel nicht ausschöpfen.

Zunächst ist nochmals festzuhalten, dass der Bund nicht die Absicht hat, sich mit 25% an den in den Kantonen im Bereich der Berufsbildung entstehenden Kosten zu beteiligen. Erklärte Absicht des Bundes war, dass er 2012 einen Beitrag von 25% an die Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand für die Berufsbildung leisten würde.

Eine anschauliche Darstellung über die Ausgabenstruktur des Bundes für die Berufsbildung (allerdings für das Rechnungsjahr 2010) findet sich im Masterplan Bildung (Abbildung 4 auf S. 11; vgl. www.sbfi.admin.ch/berufsbildung/01550/01552/index.html?lang=de#sprungmarke0_0):

Abbildung 4: Finanzierungssystem des Bundes gemäss BBG (Rechnungsjahr 2010)



Wie sich die Bundesausgaben für die Berufsbildung in den Jahren 2012-2016 entwickeln (sollen) und welchen Bereichen in welchem Umfang Finanzmittel zukommen sollen, steht auf S. 3142 (Fig. 8) der „Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013-2016“ (BFI-Botschaft), die hier leicht modifiziert und ohne Fussnoten wiedergegeben wird (vgl. www.sbfi.admin.ch/org/01645/index.html?lang=de):

Übersicht über die Beiträge nach BBG für die Periode 2013-2016

Gerundete Zahlen (in CHF Mio.)	2012	2013	2014	2015	2016	2013-2016
Pauschalbeiträge an die Kantone (Art. 52 Abs. 2 BBG) sowie altrechtliche Baubeiträge (noch bis 2015)	757.6	755.5	762.9	773.7	779.5	3'071.6
Entwicklung der Berufsbildung, besondere Leistungen im öffentlichen Interesse, Direktzahlungen (Art. 4 und Art. 52 Abs. 3 BBG)	87.7	88.8	89.6	90.8	91.6	360.8
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (Art. 48 BBG)	28.5	35.0	35.0	35.0	35.0	140.0
Unterbringung des EHB in Nichtbundesbauten	-	2.3	2.3	2.3	2.2	9.1
Total	873.8	881.6	899.8	901.8	908.3	3'581.5

Zieht man von den Gesamtaufwendungen des Bundes für die Berufsbildung alle Beträge ab, die nicht in Form von Pauschalbeiträgen an die Kantone ausbezahlt wurden, so wurden (unter der Annahme, die Aufwendungen des Bundes betragen 2012 tatsächlich 25% der Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand) lediglich 86.7% der Bundesmittel in Form von Pauschalbeiträgen an die Kantone ausgeschüttet.

Wie in der [Beantwortung](#) der Interpellation 2012/131 (Verwendung des Bundesbeitrags für die Berufsbildung) ausgeführt, stellte der Bund im Bereich der Berufsbildung 2008 sein Beitragsmodell um. Seitdem richtet der Bund einerseits Pauschalbeiträge aufgrund der Anzahl der dualen und vollschulischen Ausbildungsverhältnisse an die Kantone aus, andererseits beteiligt er sich finanziell an Projekten gemäss Art. 54 und 55 des Berufsbildungsgesetzes. Hierfür werden rund 10% der Bundesmittel eingesetzt.

Für die Bundesbeiträge des Jahres 2012 liegt noch keine konsolidierte Abrechnung des Bundes vor. Die Abgabefrist der für die Beitragsberechnung massgeblichen Kostenträgerrechnung der Kantone an den Bund endete am 30. Juni 2013. Damit lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch keine abschliessende Angabe darüber machen, wie hoch der Bundesbeitrag gemessen an den dem Kanton für die Berufsbildung im Jahr 2012 entstandenen Kosten tatsächlich ausfällt. Fest steht aber, dass dem Bund 2012 für die Berufsbildung 100 Mio. Fr. mehr Mittel zur Verfügung standen als 2011, was auch für unseren Kanton voraussichtlich zu einem deutlich höheren Bundesbeitrag 2012 führt.

Das BBT richtete in den Jahren 2008 und 2012 insgesamt folgende Beiträge in Form von Kantonspauschalen aus:

Entwicklung der Kantonspauschalen des Bundes 2008-2012

Jahr	Anzahl Bildungsverhältnisse in BL		Beitrag des Bundes je Ausbildungsverhältnis		Kantonspauschalen des Bundes total in CHF Mio.	Kantonspauschale des Bundes an BL in CHF Mio.	Anteil BL in %	Ausgaben Kanton BL in CHF Mio.	Bundesanteil in %
	dual	Vollzeit	dual	Vollzeit					
2008	5635	697	1993	3788	480.4	13.4	2.79	91.6	19.1
2009	5592	757	2141	3859	532.6	14.7	2.77	96.3	18.1
2010	5588	779	2272	3860	570.1	15.6	2.74	96.3	16.9
2011	5645	831	2559	4161	645.3	17.5	2.72	106.4	16.5
2012	5615	766	2979	5032	748.0	20.6	2.75	103.7	Diese Zahl steht noch aus.

Die Zahlen zeigen einerseits, dass der relative Bundesanteil, den der Kanton Basel-Landschaft in den letzten Jahren in Form von Pauschalbeträgen erhalten hat, relativ konstant geblieben ist (er schwankte zwischen 2.72 und 2.79%). Wie aus der Tabelle auch hervorgeht, sank der Bundesanteil an den Ausgaben unseres Kantons über die letzten fünf Jahre.

Ein Quervergleich der Finanzierung der Berufsbildung über alle Kantone zeigt andererseits, dass der Bundesbeitrag 2012 im Verhältnis zu den Nettokosten des Kantons Basel-Landschaft 2011 rund 2 Prozentpunkte unter dem schweizerischen Durchschnitt lag (19.4% gegenüber 21.6%; s. nachstehende Tabelle).

Nettokosten 2011 der Kantone und an die Kantone ausgeschütteter Bundesbeitrag 2012

Kanton	Nettokosten 2011 (in CHF Mio.)	Bundesbeitrag 2012 (in CHF Mio.)	%-Anteil
BS	113.4	18.9	16.7
GE	215.6	36.8	17.1
ZG	61.0	11.7	19.2
BE	536.4	103.2	19.2
BL	106.4	20.6	19.4
JU	44.6	8.8	19.7
GR	101.4	20.3	20.0
TI	188.1	37.7	20.0
NE	106.6	21.6	20.3
ZH	528.2	111.5	21.1
AG	232.7	51.7	22.2
VS	150.8	33.7	22.3
SH	36.7	8.3	22.6
NW	14.9	3.4	22.8
FR	111.5	25.6	23.0
UR	16.2	3.8	23.5
TG	100.8	24.0	23.8
AR	17.7	4.3	24.3
LU	156.9	38.7	24.7
VD	270.0	67.3	24.9
SO	81.4	20.3	24.9
GL	15.8	4.1	25.9

SG	200.7	55.4	27.6
SZ	38.1	10.8	28.3
OW	12.3	3.7	30.1
AI	4.9	1.5	30.6
TOTAL	3463.1	747.7	21.6

Die Hauptgründe für diese Entwicklung sind:

1. Der Kanton Basel-Landschaft verdoppelt im Unterschied zu den meisten anderen Kantonen die Beiträge für die überbetrieblichen Kurse von Lernenden mit Kurslokal im eigenen Kanton, was die in den letzten Jahren eingetretenen Kostensteigerungen in diesem Bereich extrem verschärft, weil es auf die Berechnung der Kantonspauschalen des Bundes nur einen marginalen Rückkoppelungseffekt hat.
2. Unser Kanton führt im interkantonalen Vergleich ein äusserst breites Angebot an vollschulischen und damit teuren Brückenangeboten (KVS, SBA plus modular und BVS2), die – im Unterschied zu dualen Brückenangeboten – bei der Berechnung der Kantonspauschalen keine Berücksichtigung finden. Diese Kosten müssen vollumfänglich vom Kanton getragen werden.
3. Hinzu kommt mit den beiden Wirtschaftsmittelschulen (WMS) in Liestal und Reinach ein grosser Anteil Lernender in vollschulischen Angeboten der Grundbildung (unser Kanton hat die höchste WMS-Quote der Deutschschweiz). Für diese Lernenden richtet der Bund zwar auch Beiträge aus (2012 waren dies CHF 5032.- pro Schüler/Schülerin), die aber bei weitem nicht ausreichen, um die Mehrkosten des Kantons für diesen Bereich (Vollkosten rund CHF 20'000.- pro Kopf und Jahr) im Vergleich zu den Kosten dualer Angebote der Grundbildung zu decken (der Bund zahlte 2012 CHF 2979.- je Lehrverhältnis, das den Kanton rund CHF 8'500.- kostet).
4. Schliesslich haben auch die Ausgaben für die höhere Berufsbildung (Kantonsbeiträge für den Besuch Höherer Fachschulen und von Vorbereitungskursen im Hinblick auf Berufs- und Höhere Fachprüfungen) in den letzten Jahren zugenommen – eine durchaus wünschenswerte Entwicklung, da hier die fiskalische Bildungsrendite besonders hoch ist (Return on Invest in Form höherer Steuererträge natürlicher und juristischer Personen).

2. Frage

Ist der Regierungsrat nicht der Meinung, dass dem Anliegen des Bundes, die Berufsbildung mit zusätzlichen Bundesbeiträgen zu stärken, Rechnung getragen werden muss?

Antwort des Regierungsrates:

Der Kanton Basel-Landschaft schöpft im Rahmen der geltenden gesetzlichen Möglichkeiten die Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes im Interesse der Stärkung der Berufsbildung vollumfänglich aus. Dank innovativer Projekte und Pionierleistungen konnten über die ordentlichen Beitragsleistungen hinaus immer wieder zusätzliche Bundesgelder für den Berufsbildungsbereich geltend gemacht werden.

3. Frage

Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um den Bundesanteil zu erreichen und ab wann wird dieses Ziel erreicht?

Antwort des Regierungsrates:

Der Kanton Basel-Landschaft verfügt neben einem intakten Lehrstellenangebot auch über ein sehr breites Angebot an vollschulischen Bildungsangeboten (neben der FMS eine gut ausgebaute WMS an zwei Schulstandorten, die KVS, das SBA plus modular und die BVS2). Da die Führung bzw.

Weiterführung all dieser Angebote vom Souverän ausdrücklich gewünscht wird, andererseits vollschulische Brückenangebote bei der Berechnung der Kantonspauschalen des Bundes unberücksichtigt bleiben, verfügt der Regierungsrat ausser bei der Finanzierung der überbetrieblichen Kurse über keine Möglichkeit, den Anteil des Bundesbeitrags an die Gesamtkosten der Berufsbildung zu erhöhen.

Frage 4

Ist von Seiten Kanton sichergestellt, dass die zusätzlichen Bundesmittel auch tatsächlich der Berufsbildung zu Gute kommen?“

Antwort des Regierungsrates:

Dank klarer Zweckbestimmung und der geltenden Grundlagen für die Berechnung der Beitragsansprüche ist sichergestellt, dass Bundesgelder für den Berufsbildungsbereich tatsächlich diesem Bereich zugute kommen. Im Rahmen der [Beantwortung](#) der bereits erwähnten Interpellation 2012/131 wurde aufgezeigt, dass sich in den letzten Jahren nicht nur der Bundesbeitrag kontinuierlich erhöht hat, sondern im Gleichschritt dazu auch die Kantonsausgaben im Bereich der Berufsbildung zugenommen haben.

Liestal, 20. August 2013

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Wüthrich

Der Landschreiber: Achermann